

p.B. 72.9.15.1. - TR/vh

Bern, 2. Juni 1977

Drittes KSZE-Treffen der vier Neutralen in Bern, 9./10. Mai 1977

Am 9. und 10. Mai 1977 trafen sich in Bern die mit KSZE-Fragen betrauten Chefbeamten der vier Neutralen, Finnland, Oesterreich, Schweden und der Schweiz.

Die Gespräche bestätigten die breite Uebereinstimmung der Auffassungen betreffend die äussere Gestaltung, die Aufgabe und die Bedeutung des Belgrader Nachfolgetreffens, dessen Vorbereitungsphase bereits am 15. Juni 1977 in der jugoslawischen Hauptstadt beginnen wird. Obschon weitgehend die bereits bekannten Haltungen der Vier wiederholt wurden, erwies sich der Gedankenaustausch trotzdem als nützlich. Obwohl die Neutralen noch keine klaren Vorstellungen für Belgrad formuliert haben, war es doch möglich, die Grenzen einer Zusammenarbeit der vier Länder besser abzustecken.

Die Diskussionen konzentrierten sich auf "Belgrad 1977" - Organisation, Prozedur, Schlussdokument, das "Nach-Belgrad" - und auf die Beurteilung der Durchführung der Schlussakte im Hinblick auf das Nachfolgetreffen.

Zur Organisation des Haupttreffens in Belgrad hat die Schweiz vorgeschlagen, eine erste Arbeitsgruppe Generaldirektor im Planungsstadium, in welcher der Zustand der Beträge, als Grundlage der Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte, zur

1. Belgrad 1977

- a) Das auf 4 - 6 Wochen zu begrenzende Vorbereitungstreffen sollte möglichst rein technischer Art sein; die Struktur - Tagesordnung, Arbeitsmodus, zeitlicher Rahmen - des Haupttreffens fixieren, eine politische Diskussion hingegen vermeiden. Oesterreich meinte, auch technische Fragen hätten politische Bedeutung und Finnland bemerkte, technische und politische Fragen könnten im KSZE-Komplex nicht getrennt werden.
- b) Was das Haupttreffen anbelangt, stellte die Gruppe der Neutralen fest, die Debatte über Menschenrechte habe die Bedeutung der Zusammenkunft erhöht und zugleich die Aufgabe der Teilnehmer erschwert. Trotzdem soll eine sterile Bestandesaufnahme des Durchführungsgrades der Bestimmungen der Schlussakte vermieden werden. Also keine polemische öffentliche Abrechnung über jede Bestimmung der Schlussakte, nach Ländern aufgeteilt, keine Verurteilung, sondern Ermunterung der Teilnehmerstaaten. Finnland erinnerte mit der Forderung nach "realistischer und konstruktiver Beurteilung" der Schlussakte etwas an die sowjetische Terminologie, was Oesterreich zu der Berichtigung veranlasste: die "Dinge seien bei ihrem Namen zu nennen". Die Sowjetunion möchte jegliche Kritik vermeiden, um zu einem idyllischen Schlussresultat zu gelangen. Der Polemik und der Konfrontation wolle man sich nicht hingeben, sei jedoch verpflichtet, Mängel aufzuzeigen, nicht zuletzt im Hinblick auf die eigene öffentliche Meinung und das eigene Parlament.

Zur Organisation des Haupttreffens in Belgrad hat die Schweiz vorgeschlagen, eine erste öffentliche Generaldebatte im Plenum abzuhalten, in welcher der "Zustand der Détente", als Grundlage der Durchführung der Bestimmungen der Schlussakte, zur

- 3 -

Sprache käme, die politische Situation eingeschätzt, die Berichte des ECE-Exekutivsekretärs und des UNESCO-Generalsekretärs zur Kenntnis genommen und die südlichen Mittelmeerlande angehört würden (der letzte Punkt blieb umstritten).

In einem zweiten Teil - unter Ausschluss der Öffentlichkeit - würde die allgemeine Diskussion über den Stand der Durchführung der KSZE-Beschlüsse stattfinden und die Möglichkeit geboten, neue Vorschläge darzulegen.

Zur Detailberatung wären Arbeitsgruppen zu bilden; damit sei nicht die gegenseitige Abrechnung sondern eine Art "clearing-house", eine gemeinsame Evaluation des Erreichten, bzw. des noch Realisierbaren gemeint.

Der sowjetische Vorstoss, wonach die Delegierten in Belgrad lediglich "Empfehlungen" auszuarbeiten hätten, die anschliessend der Sanktionierung durch die Regierungen bedürfen (Konsultativstatus) wurde einhellig abgelehnt. Belgrad hat in der Lage zu sein, auf der Basis des Konsens und im Rahmen der Schlussakte Richtlinien für die 35 Regierungen für das "Nach-Belgrad" auszuarbeiten, wobei das Prinzip von weiteren Treffen bereits in der Schlussakte verankert ist; in Belgrad gilt es lediglich, Ort und Zeitpunkt einer weiteren Zusammenkunft zu bestimmen. (Nach Auffassung von Finnland, hätten die Initianten des Vorstosses die Idee bereits fallen gelassen, was uns aufgrund anderer Quellen nicht so sicher scheint.)

Am Ende des Haupttreffens - man sprach lediglich von einem "zeitlichen Rahmen" etwa anfangs Oktober bis Jahresende - würde eine Schlussberatung im Plenum abgehalten zur kollektiven Einschätzung des Standes der Durchführung der Schlussakte, zur Annahme eines nicht unterzeichneten und möglichst kurzen Schlussdokuments und zur Beschlussfassung über weitere Treffen im Rahmen des "follow-up".

./.

Auch während der Beratungen hinter geschlossenen Türen muss natürlich eine zufriedenstellende Informierung der Öffentlichkeit mittels Kontakten mit der Presse erfolgen.

2. Beurteilung der Durchführung der Schlussakte

a) Bei den wirtschaftlichen Fragen (Korb II) orientierte Minister C. Sommaruga eingehend über die 32. Tagung der UNO Wirtschaftskommission für Europa (ECE), die dazu geführt hat, dass nunmehr die drei sowjetischen Konferenzvorschläge (Umwelt, Energie, Verkehr) im Rahmen der ECE weiterzuverfolgen sind, wobei einer Konferenz über Umwelt Priorität eingeräumt und beschlossen wurde, an der 33. Session endgültig darüber zu befinden, ob die Voraussetzungen zur Einberufung einer Konferenz über Umwelt gegeben sind. Der Zusammenhang ECE - Belgrad werde durch den Exekutivsekretär, Herr Stanovnik, gewährleistet. Dabei sei es wichtig, dass er positiv über die Arbeiten der Kommission berichte und über zukünftige Absichten orientieren könne.

Die allgemeine Diskussion in diesem Bereich ergab keine neuen Informationen. Finnland meinte, angesichts der Weltwirtschaftslage und insbesondere der Problematik des West-Ost Handels, dürfte Korb II in Belgrad grössere Bedeutung zugemessen werden, als allenthalben angenommen wird.

b) Am Meinungsaustausch über Fragen von Korb III konnte auch Botschafter A. Weitnauer teilnehmen. Er berichtete kurz über seine Zusammenkunft mit Präsident Carter in Genf: Die USA sollen im grossen ganzen unsere Auffassung zum Nachfolgetreffen teilen; Belgrad habe Bilanz zu ziehen und nicht ein Tribunal zu werden.

Betreffend humanitäre Fragen wurde der Zusammenhang zwischen Korb III und Korb I, beziehungsweise Prinzip VII (Achtung der

- 5 -

Menschenrechte und Grundfreiheiten) hervorgehoben. Der Versuch der Warschaupaktstaaten, dieses Prinzip gewissermassen durch Prinzip VI (Nichteinmischung in innere Angelegenheiten) aufzuheben, sei strikte abzulehnen. Humanitäre Probleme als Bestandteil der Schlussakte sind in Belgrad zur Sprache zu bringen; sie gehören zur "Weltinnenpolitik" und stellen keine Einmischung dar. Andererseits soll eine Diskussion über die Definition von Menschenrechten vermieden werden.

Die vier Neutralen erwarten in Belgrad einen Gegenangriff der sozialistischen Staaten unter dem Motto Recht auf Arbeit, Krankenfürsorge etc. seien "echte" Menschenrechte. Man muss sich darauf vorbereiten.

Allgemein wurde festgestellt, dass betreffend Familienzusammenführungen und gemischte Heiraten Fortschritte zu verzeichnen sind. Fragen im Bereich der "Kultur" und "Information" wurden kurz gestreift.

- c) Zu Korb I unterbreitete Schweden ein Papier zu den vertrauensbildenden Massnahmen (CBM), welches Ausdehnung der Notifikation auf kleinere Manöver und Truppenbewegungen vorsieht, einen Kodex für die Einladung und Behandlung von Beobachtern an Manövern verlangt, die "Transparenz" der Militärbudgets wünscht und schliesslich die Schaffung einer ständigen Expertengruppe als nützlich erachtet.

Finnland unterstützt die schwedischen Vorschläge weitgehend, Oesterreich ist noch unentschlossen. Schweizerischerseits haben wir unserer Skepsis gegenüber einem Ausbau der CBM Ausdruck gegeben, der angesichts von mangelnden Fortschritten in der Abrüstung (SALT, MBFR) wenig realistisch scheint, bzw. über die qualitative und quantitative Aufrüstung des Warschaupakts hinwegtäuschen könnte.